

ten. 9,7 Prozent der Bevölkerung betätigten sich in Wahrnehmung ihres verfassungsmäßigen Rechts auf Mitgestaltung (Art. 19, 21) ehrenamtlich auf dem Gebiet der Ordnung und Sicherheit.

In etwa 118 Betrieben und Einrichtungen, in gesellschaftlichen Organisationen, in Fachorganen des Rates und den ihnen nachgeordneten Betrieben und Einrichtungen, in den Abgeordnetengruppen der Betriebe, in den Wahlkreisaktiven, in den ständigen Kommissionen der Volksvertretung, in den Volkskontrollorganen und in anderen ehrenamtlichen Gremien wurde der Beschlußentwurf mit mehr als 43 300 Bürgern beraten. Dabei wurden differenziert und deshalb außerordentlich wirkungsvoll die verschiedensten Formen und Methoden der massenpolitischen Arbeit genutzt. Dazu zählten insbesondere Aussprachen und Beratungen der Abgeordneten mit Kollektiven der Arbeiterklasse, speziell in Brigaden der sozialistischen Produktion; aber auch Versammlungen, Schulungsveranstaltungen und Rechenschaftslegungen sowohl in den Betrieben und Einrichtungen der Stadt als auch in gesellschaftlichen Organisationen, den Vereinigungen und Freizeitbereichen der Bürger gaben vielfache Gelegenheit, sachbezogene Diskussionen zu führen. Das Ergebnis war u. a., daß der Beschlußentwurf durch 36 Vorschläge und Hinweise weiter qualifiziert werden konnte. 61 beachtliche inhaltliche Probleme wurden aus Eingaben entnommen und bereits während der öffentlichen Diskussion realisiert.

Rechtskonferenzen in Betrieben und Wohngebieten

Als Höhepunkte der Beratungen gestalteten sich Rechtskonferenzen in den Betrieben und in einigen Wohnbezirken der Stadt. In den Wohnbezirken wurden in enger Partnerschaft mit dem Kreis Ausschuß der Nationalen Front erstmalig Konferenzen zu Problemen der Gesetzlichkeit, Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit durchgeführt.

Auch der zwischen den Ständigen Kommissionen Ordnung und Sicherheit der Stadtverordnetenversammlung von Dessau und von Halle-Neustadt durchgeführte Erfahrungsaustausch war für uns ein Novum in der öffentlichen Diskussion und vermittelte wertvolle Erfahrungen. Dabei war die Erkenntnis wichtig, daß in solchen Ballungsgebieten, wie sie die beiden Stadtkreise Dessau und Halle-Neustadt darstellen, viele übereinstimmende Grundfragen auftreten, zu denen Erfahrungen auch zur Gewährleistung von Ordnung und Sicherheit von großer Bedeutung sind.

Einige Beispiele sollen verdeutlichen, wie sachlich engagiert die Diskussionen geführt wurden:

Im VEB Waggonbau Dessau kamen die Werkstätigen zu der Überlegung: Wenn wir 1978 den Volkswirtschaftsplan mit hoher Qualität erfüllen und die vorgesehene Steigerung der Arbeitsproduktivität um 1,5 Prozent überbieten wollen — und das bei Freisetzung von 100 Arbeitskräften, die dringend an anderer Stelle benötigt werden —, dann muß im Betrieb auf allen Gebieten zuerst Sicherheit und Ordnung herrschen. Die Waggonbauer übernahmen in diesem Zusammenhang die Verpflichtung, als Beispiel für alle Betriebe in der Stadt ein komplexes Programm rechtspropagandistischer und rechtserzieherischer Arbeit zur Entwicklung und Festigung des Rechtsbewußtseins der Werkstätigen zu erarbeiten. Sie wollen so entscheidende Voraussetzungen dafür schaffen, daß das Recht noch besser als Grundlage für optimale ökonomische Ergebnisse wirksam eingesetzt wird.

Die Werkstätigen des VEB Abus verpflichteten sich, in ihrem Betrieb einen Konsultationsstützpunkt einzurichten und diesen bis zum 29. Jahrestag der DDR zu einer Stätte des ständigen Erfahrungsaustauschs auf dem Gebiet der vorbildlichen Gewährleistung von Ordnung, Disziplin und Sicherheit für alle Betriebe der zentralgeleiteten Industrie im Stadtkreis zu entwickeln.

Ähnliche Aufgaben übernahmen die Werkstätigen des VEB Modell- und Formenbau für alle Mittel- und Klein-

betriebe der Stadt und die Werkstätigen der örtlichen Versorgungswirtschaft für alle Fachorgane des Rates. Diese Aufgaben sind Teil der sozialistischen Intensivierung und Rationalisierung.

Auf den Rechtskonferenzen der Wohnbezirke 21 und 23 wurden z. B. folgende Probleme diskutiert:

— Wie können die Bürger des Wohnbezirks an der Verwirklichung des Beschlusses konkret mitarbeiten, und wie kann im Rahmen des „Mach mit!“-Wettbewerbs noch wirksamer und effektiver um die Anerkennung als Wohnbezirk der vorbildlichen Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit gerungen werden?

— Wie verbessern wir die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen, damit sie durch verständnisvolle Hilfe der Erwachsenen und deren überzeugendes Beispiel schon frühzeitig begreifen lernen, daß sie als erwachsene Staatsbürger viele gute Rechte, zugleich aber auch Pflichten haben?

— Wie kann die Zusammenarbeit der sozialistischen Betriebe mit den Wohnbezirken und mit dem VEB Gebäudewirtschaft sowie mit den Arbeiterwohnungsbau-genossenschaften qualifiziert werden, um die derzeitige unbegründete Unterschiedlichkeit in diesem Zusammenwirken zu überwinden?

Als wichtig wurde das Mitmachen im Wohngebiet gekennzeichnet, weil es jeden dazu zwingt, die Haltung zur eigenen Arbeit und zur gesellschaftlichen Mitverantwortung zu überprüfen, ständig auf neue Weise die Fragen des sozialistischen Alltags zu stellen und zu beantworten.

— Wie kann durch Aussprachen über sozialistische Verhaltensweisen in den Hausgemeinschaften, Mietermitverwaltungen, gesellschaftlichen Organisationen, Elternaktiven an den polytechnischen Oberschulen und anderen Gremien die Entwicklung sozialistischer Persönlichkeiten gefördert werden?

— Fragen der Dienstleistungen und der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Bevölkerung in den Wohnbezirken.

Die aufgeworfenen Fragen entsprachen den inhaltlichen Aufgabenstellungen des Beschlußentwurfs. Die Bürger orientierten sich an seinen Zielsetzungen und machten diese schon im Prozeß der öffentlichen Aussprachen zu ihren eigenen. Auch die Tatsache, daß neben der Diskussion zu Einzelfragen, deren Behandlung für die Gewinnung der Bürger zur weiteren aktiven Mitgestaltung wichtig war, immer das Grundanliegen zur Erhöhung der Rechtssicherheit und zur sicheren Gestaltung der weiteren Aufgaben beim sozialistischen Aufbau erkannt wurde, sprach für das richtige Vorgehen auf diesem Gebiet. Deshalb stand bei allen Beratungen und Aussprachen vor allem die weitere Qualifizierung der Machtausübung durch die Arbeiterklasse und alle Werkstätigen unter Führung der Kreisleitung der SED und das Suchen nach Möglichkeiten im Vordergrund, wie die gesellschaftlichen Initiativen und Aktivitäten der Werkstätigen noch wirkungsvoller zur konsequenten Gewährleistung der sozialistischen Gesetzlichkeit, Sicherheit und Ordnung genutzt werden können, um damit zugleich volkswirtschaftliche und andere gesellschaftliche Reserven zu erschließen.

Ergebnisse der breiten Volkssprache

Am konkreten Beispiel und im eigenen Interesse der Bevölkerung gestalteten sich diese Diskussionen immer zu politisch-ideologischen Aussprachen der Werkstätigen unserer Stadt, die sich mit den Grundproblemen der Politik unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates befaßten.

Die Aussprachen waren aber zugleich auch eine Schule der Qualifizierung und Erziehung der Abgeordneten zur vorbildlichen Wahrnehmung und Erfüllung ihrer Rechte und Pflichten i. S. des § 17 GöV. Zur Erhöhung der Effektivität der staatlichen und gesellschaftlichen Arbeit und